Nummer 24 Hannover, 10. Juni 1916 25. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰ Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Bsey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Der neue Geist.

Wie im vorigen Jahre so predigen auch zu diesem Feste der Blüten und des Geistes noch die Mörser und Haubitzen mit feurigen Zungen, und vergebens schauen wir nach der weißen Taube des Friedens aus, die dem unheilvollen Zustande Europas ein Ende künden und den Abstieg der Nationen zu barbarischen Lebensformen in einen Aufstieg zu kulturgesättigtem Dasein wandeln soll. Alle Friedenssehnsucht der Völker hinderte bisher ja leider nicht, daß das Prinzip der physischen Gewalt andauernd über die wägende Vernunft triumphiert und nicht nur der linde ideelle Pfingstgeist von ehemals, sondern auch der höchst materielle Geist unsers kapitalistischen Zeitalters dabei unter die Räder des Kriegswagens kommt. Nicht in dem Sinne, als ob sein Hinsterben zu befürchten wäre — ach nein, er ist höchst lebendig innerhalb aller Landesgrenzen —, sondern in dem Betracht, daß ihm die großen internationalen Geschäfte verloren gehen und jede Ausdehnung des Krieges sein altes Friedensterrain außer Landes gefährdet.

Dieser große Krieg, den wir in Staunen und Grauen miterleben, hat seine Hauptwurzeln zweifellos in jenem kapitalistischen Geiste der Neuzeit, aber er hat auch seine eigene Logik und sein eigenes Leben und bekräftigt letzten Endes die alte Menschheitserfahrung, daß man die einmal gerufenen Geister so leicht nicht wieder los wird. Sie wachsen denen, die sie beschworen, über den Kopf.

Was dieser Völkerkampf gebiert — niemand kann es heute wissen.

Nur eines ist sicher: er wird der Welt ein neues Gesicht geben. Er wird die Karte der Erde verändern und wird, was uns wesentlicher dünkt, auf die innere Struktur der Menschheit von tiefem Einfluß sein. Denn ein Blick auf die Geschichte der Vergangenheit zeigt, daß starke Erschütterungen des Völkerlebens auch immer ihre starken Wirkungen in die nachfolgende Zeit ausstrahlen und das Werden der Dinge unmittelbar und mittelbar beeinflussen. Wenn die Taten der Menschheit aus dem „Geist der Zeit" geboren werden, wie man sagt, so wird umgekehrt auch der Geist aus den Taten geboren.

Darum ist es weiter kein Wunder, daß die Propheten aller Sorten schon fleißig dabei sind, den Geist der Zukunft für sich zu reklamieren und ihm seinen Weg vorzuschreiben, damit er bewahrt bleibe vor unangenehmen Seitensprüngen.

Niemals ist uns das Goethewort:

> Was ihr den Geist der Zeiten heißt,
> Das ist im Grund der Herren eigner Geist —

deutlicher geworden. Was bis jetzt in den bürgerlichen Blättern der verschiedensten Schattierungen über dies Thema zu lesen war, gründet sich fast nie auf objektive Bemühungen, das spätere Weltbild vorurteilslos zu erfassen, sondern auf das Bestreben, den „Geist der Zeit" zur jeweiligen Partei zu bekehren. Mit andern Worten: er kann nur dann auf eine gute Aufnahme rechnen, wenn er sich in den Bahnen bewegt, die von der Vergangenheit abgesteckt sind. Um dies als seine natürliche Tendenz erscheinen zu lassen, schreibt man ihm die eigene Logik zu.

Wir haben nun keineswegs die Absicht, die Zahl der Propheten zu vermehren. Es scheint uns ziemlich unfruchtbares Beginnen, die Wirkungen des Krieges vorauszusagen, ehe dieser Krieg selbst sein Ende erreicht hat. Denn bis dahin sind mannigfache Ueberraschungen nicht ausgeschlossen. Und endlich wird es für das Werden der Zukunft von wesentlicher Bedeutung sein, unter welchen Bedingungen der Friede zustande kommt. Ob neue Quellen des Hasses geöffnet oder alte verschüttet werden, ob die Verständigung der Nationen Dauer verspricht oder nur auf eine Art Waffenstillstand hinausläuft, um allerseits die gepanzerte Rüstung zu verstärken und die geleerten Arsenale von neuem zu füllen. (Für einige der Propheten verkörpert sich schon jetzt der „neue Geist" restlos im Waffen- und Munitionsfabrikanten.)

Also wir wollen uns den voreiligen Wettermachern der Zukunft nicht anschließen, dürfen aber wohl die Hoffnung der Arbeiterschaft aussprechen, daß der neue Geist ihre bisherigen Errungenschaften nicht rückwärts revidieren, sondern trotz aller schon heute zu bemerkenden Bremsversuche in der Richtung politischen und wirtschaftlichen Fortschritts wirken wird.

Die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung ist während der Kriegszeit wiederholt auch von Leuten ausgesprochen worden, die nicht zu uns gehören und zum Teil sogar unsre Gegner waren und in mancher Hinsicht noch sind. Das Volk — so stellen sich die Grundgedanken dar — tut in diesem Kriege seine volle Schuldigkeit. Es opfert Leben und Gut für sein Land; es arbeitet und trägt die Entbehrungen dieser Zeit mit Ausdauer und Geduld. Dafür ist ihm das Vaterland Dank schuldig. Und dieser Dank muß vor allem darin bestehen, daß ihm größere Freiheiten und ein verstärktes Mitbestimmungsrecht in politischen und wirtschaftlichen Fragen zugestanden werden. Es geht ferner nicht an, das soziale Fundament des Staates irgendwie zu vernachlässigen oder geringzuschätzen. Der Arbeiter sei nicht mehr das Aschenbrödel der Gesellschaft, sondern ein voll- und gleichberechtigtes Mitglied.

Abgesehen von dem hier und da zutage tretenden gönnerhaften Ton kann man solche Meinungen natürlich anerkennend begrüßen, sofern sie bedingungslos ausgesprochen werden.

Häufig aber erhebt, während die rechte Hand zu geben bereit ist, die linke warnend den Zeigefinger: Nur, wenn ihr hübsch artig seid!

Und diejenigen, denen es bitterschwer wird, die Leistung der Arbeiter und ihrer Organisationen während der Kriegszeit anzuerkennen, murren unwirsch, man solle sich nicht mit Versprechungen beeilen. Erst nach dem Frieden werde es sich zeigen, ob der neue, der echte vaterländische Geist in der Arbeiterschaft Wurzeln gefaßt habe.

Es ist klar, daß alle diese einschränkenden Bedingungen darauf hinauslaufen, die zukünftige Haltung der Arbeiterschaft durch Rücksichten beeinflussen zu lassen, die entweder mit dem Wesen ihrer Organisationen nichts zu tun haben oder ihren Tendenzen schnurstracks entgegengesetzt sind.

Und es ist ebenso klar, daß wir uns für einen „neuen" Geist bedanken müßten, der in Wahrheit uralt ist und lediglich eine neue Vormundschaft für die Arbeiter zu etablieren gedenkt.

Die moderne Arbeiterbewegung wird im deutschen Sprachgebrauch überall die „freie" genannt. Unsre Gewerkschaften heißen die freien Gewerkschaften — und das hat seine guten Gründe! In dem kleinen Eigenschaftswort drückt sich das aus, was nicht nur unser Stolz, sondern Lebensnotwendigkeit unsrer Organisationen ist: die unbedingte Selbständigkeit in allen Entschließungen!

Diese Selbständigkeit ist eine Selbstverständlichkeit. Und wenn es heute Meinungsverschiedenheiten in unsern Reihen gibt — in diesem Punkt existieren keine Differenzen. Wie auch der neue Geist beschaffen sein möge: Wir bleiben die freien, und Richtschnur unsres Wirkens bleibt das Interesse der Schaffenden, ohne nach links oder rechts zu schielen.

Ob dabei die neue Ideologie auf ihre Rechnung kommt, mag dahingestellt bleiben. Die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze und Kämpfe wird sie nicht aus der Welt schaffen, solange wir im Schatten der kapitalistischen Weltherrschaft leben.

Die seltsame Vorstellung, die auch jetzt noch in manchen Köpfen spukt, als ob eine entschiedene Wahrnehmung der Arbeiterinteressen unvereinbar mit dem „echten" vaterländischen Geist sei, weisen wir zurück, wie wir das schon vor dem Kriege getan haben. Es gibt gar keinen echteren vaterländischen Geist als den, der das Wohl aller Volksgenossen auf seine Fahne geschrieben hat. Ein Patriotismus, der seine Fürsorge auf einen winzigen Teil der Nation beschränkt, dem großen Volksganzen allenfalls kleine Wohltaten zuwenden, aber es in den wichtigsten Lebensfragen bevormunden will, verdient seinen Namen nicht. Vielleicht und hoffentlich offenbart sich der im Werden begriffene Geist der Zukunft frisch genug, um die altersgrauen Vorurteile und inhaltslosen Schlagworte zum alten Eisen zu werfen und die Wirksamkeit der verschiedenen Gesellschaftsklassen und ihrer Organisationen nach ihrem schöpferischen Inhalt zu werten; sie danach zu beurteilen, was sie dem Ganzen leisten, indem sie für ihren engeren Kreis tätig sind. Und wenn darüber hinaus noch beachtet würde, was sie dem Fortschritt, der Aufwärtsentwicklung der gesamten Menschheitskultur geben, dann wäre das immerhin schon so etwas wie ein neuer Geist. —

Millionen unsrer Brüder stehen auch in diesen Pfingstfeiertagen noch draußen unter Entbehrungen, Strapazen und steter Todesdrohung — eine lebendige graue Schutzmauer vor ihrer und unsrer Heimat. Wir wissen es aus ihren Briefen, daß sie frei sind von Haß, frei von großen, prahlenden Worten. In der ruhigen Schlichtheit, mit der sie hier zu ihren Organisationen standen, folgen sie dort dem unabweisbaren Gebot der Stunde.

Was diese Männer einst an neuem Geist mit nach Hause bringen, das wird — dessen sind wir sicher — sich nicht in hohlen Worten, in chauvinistischen Tiraden erschöpfen. Gleich uns, die wir die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation täglich am eigenen Leibe verspüren, werden sie durchdrungen sein von der Erkenntnis, daß der äußeren Sicherung des Landes ein gerechterer, vollkommenerer Auf- und Ausbau im Innern folgen muß. Von ihrem Geist, der in langen Monaten opfervoller Tat hingegeben war, versprechen wir uns auch für unsre gemeinsamen Friedenswerke eine starke Befruchtung und jenen unerschütterlichen Willen, der alle Hemmungen siegreich überwindet.

In diesem Sinne haben wir volles Vertrauen zu dem neuen Geist, der uns das Vaterland der Zukunft bauen wird, ohne dem Weltgeist fremd zu sein.

Die Arbeitsgelegenheit nach dem Kriege.

Der frühere Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Beutler, hat an zahlreiche Arbeiter- und Unternehmer-Vereinigungen Sachsens in einem Rundschreiben folgende Frage gerichtet: Welche Mittel und Wege können eingeschlagen werden, um für die Zeit nach dem Kriege den zurückkehrenden Kriegern Arbeitsgelegenheit zu schaffen und nach Befinden für diese Zwecke Kapitalien bereitzustellen?

Der Deutsche Industrie-Schutzverband hat die Antwort auf diese Frage einem Kriegsausschuß übertragen, und dieser kam nach einem Bericht des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann zu der Auffassung, daß es kaum nötig sein würde, eventuell eine derartige Bereitstellung von Kapitalien, die auch sonst auf große Schwierigkeiten stoßen würde, ins Auge zu fassen, da die Gefahr einer Arbeitslosigkeit nach dem Kriege in keiner Weise als wahrscheinlich angenommen werden könne.

Es wurde hervorgehoben, daß in normalen wirtschaftlichen Zeiten vor dem Kriege die Menge der deutschen Arbeiter gar nicht ausgereicht habe, um den Bedarf der deutschen Industrie und der Landwirtschaft zu decken, daß vielmehr eine Million fremder Arbeiter ins Land gezogen werden mußten, um die deutsche Produktion aufrechterhalten zu können. Angesichts der bedauerlichen starken Verluste, die der Krieg in allen Volksschichten [illegible]ert habe, sei nach normaler Wiederherstellung der Welthandelsbeziehungen unter Umständen eher mit einem Mangel als mit einem Ueberschuß an Arbeitern zu rechnen. Um jedoch unter allen Umständen etwaige Krisen auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern, regte Dr. Stresemann an, daß die bei Friedensschluß erfolgende Zurückziehung der Truppen aus dem Feindesland und den besetzten Gebieten unter Beachtung volkswirtschaftlicher Grundsätze erfolgen möchte, indem schon vorher festgestellt werde, für welche Gruppen der Reichs- und Privatbetriebe Arbeiter zunächst am dringendsten benötigt werden, um nach diesem Gesichtspunkt ein allgemeines ordnungsmäßiges Zurückfluten der Arbeiterschaft, soweit dies mit den militärischen Dispositionen vereinbar wäre, zu ermöglichen. So die Ansicht und die Vorschläge der Unternehmer.

Die Arbeiter haben sich die Antwort nicht so leicht gemacht. Sie rechnen mit der Möglichkeit einer starken Arbeitslosigkeit und fordern: Einführung der sofortigen staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung und Arbeitsvermittlung. Ferner schlagen sie vor: Inangriffnahme von Staats- und Gemeindearbeiten, wie Straßen-, Bahn- und Wohnungsbau, Bereitstellung von Kapitalien an Unternehmer zur Förderung von Arbeiten usw.

Während der Industrieschutzverband brauchbare Vorschläge durch seine unmaßgebliche Meinung ersetzt, daß Hilfe nicht nötig sein wird, bemühen sich die Organisationen der Arbeiter ernstlich, den Gefahren vorzubauen. Es bedarf nicht des besonderen Nachweises, daß die Antwort der Gewerkschaften sehr viel mehr Einsicht und Gewissenhaftigkeit verrät als die der Unternehmer. Denn es ist ein Irrtum, anzunehmen, die Zeit nach dem Kriege ließe sich heute schon so übersehen, daß man Sicherungsmaßnahmen als überflüssig ablehnen darf. Möglich ist es, daß wir bald nach dem Kriege eine lebhafte Nachfrage nach Arbeitskräften bekommen, aber ob es wahrscheinlich ist, darf schon bestritten werden, gewiß ist es auf keinen Fall. Deshalb ist Vorsorgen immer die beste Zukunftsarbeit. Wird dann die Lage so günstig, daß die Einrichtungen zur Fürsorge wenig oder gar nicht benutzt werden, so ist das immer noch tausendmal besser, als wenn man sich auf gute Zeiten verläßt, keinerlei Fürsorge für schlechte trifft und dann im Elend hilflos da sitzt. Wir meinen, die Zeiten kurz nach Kriegsausbruch sollten gezeigt haben, daß man kritischen Zeiten nicht ungerüstet entgegengehen darf. Mit Stresemannschen Voraussagen kann man, wenn es dann doch anders kommt, keinen einzigen Arbeitslosen über Wasser halten.

Beachtenswerte Zahlen.

Fast zwei Jahre lang dauert nun schon der Krieg. Immer mehr und mehr Kräfte hat er beansprucht. Von Woche zu Woche ist die Zahl der Männer gestiegen, die dem Familienleben zu entsagen haben, und schon seit langem steht die Mehrzahl der 18—45jährigen Männer unter den Fahnen. Die große Mehrzahl sogar. Dabei ist es nicht verwunderlich, daß als Begleiterscheinung des Krieges eine Verringerung der Geburtenziffer eintrat, die schon in den ersten acht Monaten, in welchen der Krieg die Geburtenhäufigkeit beeinflußte, sehr beträchtlich war. Nicht nur das Sterben auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben verursacht einen argen Bevölkerungsverlust, sondern auch das Ueberwiegen der Sterbefälle über die Geburten, das nun in allen am Kriege beteiligten Ländern des europäischen Kontinents Tatsache ist. Mit zunehmender Kriegsdauer wird dieses Ueberwiegen der Sterbefälle im Hinterlande immer größer, und es bildet eine immer mehr drohende Gefahr für die Zukunft Europas.

Bisher liegen keine Angaben über die Geburtenhäufigkeit während des Krieges vor, die sich auf ganze Staaten des europäischen Festlandes beziehen. Wir haben solche erst für einzelne Städte und wollen hier einige dieser Städte als Beispiele herausgreifen.

Städte	Geborene im Jahre 1914	im Jahre 1915	Mai bis Dezember 1914	1915
Berlin	39 052	32 066	25 689	15 243
Hamburg . .	23 457	17 909	15 440	10 189
Dresden . . .	10 895	8 521	7 189	4 996
München . .	12 436	10 162	8 095	5 893

Von Mai bis einschließlich Dezember war die Geburtenzahl 1915 geringer als in denselben Monaten 1914 in Berlin um 25 Prozent, in München um 27 Prozent, in Dresden um 30 Prozent und in Hamburg um 34 Prozent. Seit Ende 1915 ist aber der Geburtenausfall noch bedeutender geworden und er wird sich voraussichtlich bis zum Ablauf von neun Monaten nach Wiederkehr des Friedens noch fortwährend vergrößern.

In kleinen Städten und auf dem Lande, wo die Tauglichkeitsziffer höher war und die Unabkömmlichen weniger zahlreich sind als in den Großstädten, geben die Geburtenziffern und ihr Vergleich mit den Sterbeziffern ein noch ungünstigeres Resultat. Während in den Großstädten Deutschlands im Jahre 1915 noch Geburtenüberschüsse zu verzeichnen waren, herrschten in Mittel- und Kleinstädten verschiedentlich schon die Sterbefälle vor. Als Beispiel sei die Stadt Gotha angeführt. Dort betrug die Zahl der Geburten 1914 872 und 1915 687, die Zahl der Sterbefälle aber 1914 691 und 1915 999 (ausschließlich Totgeburten);

Die Säuglingssterblichkeit war im Jahre 1914 im Vergleich mit den beiden vorausgegangenen Jahren außerordentlich groß. Das ist zum Teil eine Folge der Sommerhitze von 1914, zum andern Teil aber ist es vielleicht auch eine Folge der hochgradigen Erregung, die kurz vor und nach dem Kriegsausbruch alle Bevölkerungsschichten gefangen nahm und die wohl nicht gerade selten dazu führte, daß Mütter ihren kleinen Kindern weniger Obsorge zuwandten als in normalen Zeitläuften. In Berlin kamen 1914 5853 und 1915 4362 Sterbefälle von Kindern im ersten Lebensjahr vor. Auf 1000 Geborene trafen 1914 150 und 1915 133 Säuglingssterbefälle. In Betracht kommt dabei, daß infolge des starken Geburtenrückgangs die Säuglinge der ersten Lebensmonate, die weitaus die größte Sterblichkeit aufweisen, im Jahre 1915 unter der Gesamtzahl der Kinder unter einem Jahr viel schwächer vertreten waren als 1914. Vergleichszahlen über die Sterblichkeit in den ersten sechs Lebensmonaten liegen leider nicht vor. In manchen Großstädten war 1915, trotz des kühleren Sommerwetters, die relative Säuglingssterblichkeit größer als 1914; so trafen in München auf je 1000 Geborene 1914 147 und 1915 149 Sterbefälle von Kindern im ersten Lebensjahr.

Die Sterblichkeitsziffer im allgemeinen (Zahl der Sterbefälle auf 1000 Lebende) ist in allen deutschen Großstädten 1915 geringer gewesen als 1914. Der Ausfall an Sterbefällen betraf jedoch beim männlichen Geschlecht in der Hauptsache nur die militärpflichtigen Altersklassen. Die höheren Altersklassen zeigten vielfach 1915 eine höhere Sterblichkeit als 1914. Beim weiblichen Geschlecht herrschte nahezu überall im Jahre 1915 eine geringere Sterblichkeit als 1914. Daran hat wohl vornehmlich die Abnahme der Sterblichkeit infolge von Geburten und Geschlechtskrankheiten schuld.

Beträchtlich ungünstiger als in den reichsdeutschen gestalteten sich in den österreichischen Großstädten die Geburten- und Sterblichkeitsziffern in der Kriegszeit. In der Stadt Wien war 1915 die Zahl der Lebendgeborenen im März am größten, als sie 3323 betrug. Hierauf sank sie bis auf 1983 im Dezember. Im ganzen Jahre 1915 wurden in Wien 29 317 Lebendgeborene gemeldet, die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeborene) war jedoch 37 018; sie war also um fast 8000 höher als die Zahl der Lebendgeborenen. Dabei ist überdies zu bedenken, daß sich in der ersten Hälfte des Jahres 1915 in Wien viele Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina aufhielten; ohne sie wäre die Geburtenzahl noch geringer gewesen.

Berechnet man auf Grund der absoluten Geburten- und Sterblichkeitszahlen für Oktober 1914 und 1915 die auf 1000 Einwohner im ganzen Jahre treffenden Geburten- und Sterbefälle in einigen der größeren österreichischen Städte, so kommt man zu dem folgenden Ergebnis:

	Lebendgeborene		Gestorbene	
	1915	1914	1915	1914
Wien	10,5	15,9	12,7	12,2
Linz	16,8	25,7	13,4	13,3
Graz	19,0	24,3	15,0	15,7
Triest	10,5	23,6	15,5	14,6
Prag und Vororte	8,4	13,7	10,2	9,8
Reichenberg	6,2	13,3	14,2	13,3
Krakau	12,6	22,5	11,0	14,7

Bei Berechnung der Sterblichkeitszahlen im Jahre 1915 sind dabei die ortsfremden Einwohner der Städte, hauptsächlich Soldaten, ausgeschieden; bei ihrer Einbeziehung wären die Sterblichkeitszahlen viel höher.

Vielfach wird erwartet, daß nach dem Krieg das Defizit an neuem Leben durch erhebliche Steigerung der Geburtenziffern wieder ausgeglichen wird. Doch ist es keineswegs sicher, ob sich diese Annahme als richtig erweisen wird. — F.

Die Kriegs-Hinterbliebenenversorgung.

Von Karl Lementzow.

Ueber die Hinterbliebenenversorgung herrscht naturgemäß in weiten Kreisen der Bevölkerung eine große Unkenntnis, die sich unter Umständen zu einem sehr erheblichen wirtschaftlichen Nachteil für die in Frage kommenden Personen auswachsen kann. Um diesem Uebelstande nach Möglichkeit zu begegnen und die sowieso schon hart genug vom Schicksal betroffenen Menschen vor Schaden zu bewahren, seien in gedrängter Kürze und in dieser eigens dazu gewählten Form die wichtigsten Bestimmungen der Hinterbliebenenversorgung nach dem Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 und nach der Methode, wie die Praxis sie handhabt, hier auseinander gesetzt. Von den angezogenen Bestimmungen sind nur diejenigen zu berücksichtigen, die die Bezüge der Hinterbliebenen der Militärpersonen der Unterklassen regeln.

Wer hat Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung?

Nach § 19 die Hinterbliebenen der Heeresangehörigen, die

1. im Kriege geblieben oder infolge einer Kriegsverwundung gestorben sind;
2. eine sonstige Kriegsdienstbeschädigung erlitten haben und an deren Folgen gestorben sind.

Wer gilt als im Kriege geblieben?

Als im Kriege geblieben gelten im allgemeinen solche Kriegsteilnehmer, die bei kriegerischen Unternehmungen zu Tode gekommen sind, und zwar auch dann, wenn sie ohne Anzeichen einer Verwundung oder sonstiger Beschädigung innerhalb des Kampfgebietes tot aufgefunden werden. Ferner Kriegsteilnehmer, die von feindlichen Landesbewohnern eines besetzten Gebietes überfallen und getötet oder in Gefangenschaft geraten und erschossen wurden oder gestorben sind.

Werden jedoch Umstände bekannt, die zu Zweifeln Veranlassung geben, ob der Tod infolge des Krieges eingetreten ist, so werden Ermittlungen angestellt, die eine Entscheidung ermöglichen, ob Kriegsdienstbeschädigung anzuerkennen ist oder nicht, z. B. bei Unglücksfällen, Selbstmord, Streit mit anderen Personen.

Wo werden Anträge auf Hinterbliebenenversorgung gestellt?

Bei der Polizei- oder Ortsbehörde des Wohnorts der Hinterbliebenen. Wo jedoch besteht, wie in einzelnen Städten oder Gemeinden, Fürsorgestellen oder Fürsorgeämter existieren sind, wie in Hamburg, die Finanzdeputation, Abteilung für Anträge auf Hinterbliebenenversorgung, Poststraße 19, Erdgeschoß, Zimmer 6, oder wie in Berlin für den Stadtbezirk Berlin, der Magistratskommissar in Berlin, da sind die Anträge dort einzureichen.

Welche Papiere sind mitzubringen?

1. Heiratsurkunde, 2. Todesurkunde des Verstorbenen, 3. Geburtsurkunde der lebenden Kinder, 4. Geburtsurkunden und Sterbeurkunden der verstorbenen Kinder, 5. Bescheinigung über zu zahlende Gerichtsgebührnisse.

Bei dieser Gelegenheit sei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß in allen Fällen für die unter Ziffer 1 bis 4 genannten Urkunden eine von dem zuständigen Standesamt ausgestellte Abschrift genügt. Dieselbe ist für die Zwecke der Hinterbliebenenversorgung kostenfrei. Die unter Ziffer 5 genannte Bescheinigung wird den Hinterbliebenen vom Truppenteil des Verstorbenen zugehen. Dieselbe ist sorgfältig aufzubewahren, denn sie wird zu jedem Anlaß auf Versorgung unbedingt gebraucht.

Todesnachweise über in der Kriegsgefangenschaft verstorbene Kriegsteilnehmer.

In vereinzelten Ausnahmefällen werden gemäß Verfügung des Kriegsministeriums vom 4. Juni 1915 die Todesnachrichten der Ermittlungsstelle für Kriegsgefangene des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf bis auf weiteres als ausreichende Todesnachweise bei Regelung der Versorgungsgebührnisse zugelassen.

Kann die Ortsbehörde, die Fürsorgestelle, das Fürsorgeamt einen Antrag auf Hinterbliebenenversorgung ablehnen?

Nein! Die Ablehnung kann nur durch die militärischen Dienststellen erfolgen.

Mit welchem Tage beginnt die Hinterbliebenenversorgung?

Mit dem auf den Todestag folgenden Tage.

Zusammensetzung der Hinterbliebenenversorgung.

Die Versorgung der Hinterbliebenen setzt sich nach den Bestimmungen des Militärhinterbliebenengesetzes zusammen aus

1. der allgemeinen Versorgung, §§ 1—18.
2. der Kriegsversorgung, §§ 19—27, deren tragende Säule die Versorgung der Witwen und der Waisen ist.

Wie hoch ist die Hinterbliebenenrente?

Für die Witwe:

a) allgemeine Versorgung, § 13	300,— Mk.
b) Kriegsversorgung, § 20 Ziffer 5	100,— Mk.
	400,— Mk.

Für Halbwaisen:

a) allgemeine Versorgung, § 3 Ziffer 1	60,— Mk.
b) Kriegsversorgung, § 21 Ziffer 2	108,— Mk.
	168,— Mk.

Für die Vollwaisen:

a) allgemeine Versorgung, § 3 Ziffer 2	100,— Mk.
b) Kriegsversorgung, § 21 Ziffer 2	140,— Mk.
	240,— Mk.

Eine Mutter mit drei Kindern erhält also 400 Mk. und 3 × 168 Mk. = 904 Mk. Unterstützung jährlich, die in zwölf gleichen Monatsraten monatlich im voraus gezahlt werden.

Im Falle der Wiederverheiratung der Frau scheidet diese mit dem Hochzeitstage aus dem Kreise der Rentenbezieher aus.

Haben uneheliche Kinder im Kriege Gefallener Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung?

Ja! Die Bestimmungen des Gesetzes vom 28. 2. 1888/4. 8. 1914, nach denen ihnen nur Versorgung zustand, wenn sie ihnen bereits bei Lebzeiten ihres Erzeugers zugesprochen war, sind durch kriegsministerielle Verfügung dahin erweitert worden, daß es genügt, wenn ihnen die Versorgung zugesprochen werden könnte.

Keinen Anspruch auf Witwengeld.

Eine Ehefrau hat dann keinen Anspruch auf Versorgung, wenn die Ehe drei Monate vor dem Tode des Ehegatten und nur zu dem Zweck geschlossen wurde, um der Witwe das Witwengeld zu verschaffen.

Kriegstrauungen werden jedoch nicht ohne weiteres als solche Eheschließungen angesehen.

Versorgung von im Auslande lebenden Hinterbliebenen.

Im Auslande lebende Hinterbliebene von verstorbenen Kriegsteilnehmern haben ihre Anträge auf Hinterbliebenenversorgung bei den für sie zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretungen des Deutschen Reiches anzubringen. Die ihnen bewilligten Zahlungen erfolgen ebenfalls durch die Auslandsbehörden.

Versorgung der Hinterbliebenen vermißter Kriegsteilnehmer.

Während bei allen im vorhergehenden besprochenen Fällen die der Regelung sich entgegen stellenden Schwierigkeiten überwunden werden können, zieht hier das Vermißtsein, wenigstens für die Zeit, während der der Krieg noch weiter tobt, in familiärer und rechtlicher Beziehung unübersteigbare Schranken. Allgemein kann nämlich die Frage der Verschollenheit aus dem gegenwärtigen Kriege erst nach dem Kriege erledigt werden. Außerdem kann auch ein Verschollensein erst nach dem Friedensschlusse angenommen werden.

Für die gegenwärtige Zeit sucht die Heeresleitung den Verhältnissen so gut es geht gerecht zu werden.

Wird ein Vermißter doch noch aufgefunden, dann wird als Todestag der Tag angenommen, an welchem der Tod endgültig festgestellt ist. Kann jedoch aus den Umständen, unter denen der Tote aufgefunden wurde, geschlossen werden, daß der Tod bereits am Tage des Vermißtseins eingetreten ist, dann wird dieser als Todestag angenommen.

Bei gänzlich Vermißten, bei denen in Anbetracht der Begleitumstände der Tod mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, kann das Kriegsministerium die Hinterbliebenenversorgung schon vor der Todeserklärung genehmigen. In einem solchen Falle wird der Tag, an welchem die Zahlungen an die Hinterbliebenen zu beginnen haben, ebenfalls vom Kriegsministerium festgesetzt.

Vorschüsse auf die Versorgungsgebührnisse von Vermißten.

werden von der Heeresleitung nicht angewiesen. Die Hinterbliebenen beziehen die bisher bezogenen Familienunterstützungen weiter und können außerdem im Falle der Bedürftigkeit bei dem zuständigen Truppenteil des Vermißten für die Dauer des Vermißtseins, gemäß § 23 Nr. 2 der Kriegs-Besoldungsvorschrift, die Löhnung erhalten.

Doppelzahlungen sind nicht zulässig.

Bei der unter Umständen sehr viel späteren Feststellung des Todes eines Vermißten den Hinterbliebenen neben der gezahlten Familienunterstützung und der ev. gezahlten Löhnung für die Zeit des Vermißtseins nachträglich noch vom Todestage an die vollen Versorgungsgebührnisse zu zahlen, ist nicht zulässig.

Versorgung der Hinterbliebenen über den Etat Beförderter.

Die Versorgungsgebührnisse dieser Personen richten sich nach dem militärischen Dienstgrade, den der Verstorbene zuletzt vor seinem Tode bekleidet hat, oder dessen Charakter ihm verliehen war. Die Hinterbliebenen eines überzähligen Unteroffiziers oder Vizefeldwebels haben Anspruch auf die Versorgung etatsmäßig Beförderter.

Familienunterstützung und Hinterbliebenenversorgung.

Beide Unterstützungen können nicht nebeneinander bezogen werden. Die Familienunterstützung, die die Familienangehörigen der aus Anlaß des Krieges zum Heeresdienst einberufenen Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes und des Landsturms gemäß den Gesetzen vom 28. 2. 1888/4. 8. 1914 beziehen, kommen mit dem Tage in Wegfall, an welchem ihnen auf Grund der Versorgungsgesetze Bezüge bewilligt werden.

Aus der Industrie

Geschäftslage und Kriegsgeschäfte in der Schallplatten-Industrie.

Die Aktiengesellschaft vorm. Karl Lindström, Berlin, ist die führende Gesellschaft auf dem Gebiete der Musikinstrumenten-Industrie, vor allem der Sprechmaschinen- und Schallplattenfabrikation. Ursprünglich gegründet mit nur 750 000 Mk. Aktienkapital, hat sie sich in wenigen Jahren zu einem mit 5 Millionen Mark arbeitenden Unternehmen erweitert. Die Vergrößerung des Unternehmens erfolgte jedoch nicht durch Erweiterung des vorhandenen Betriebes, sondern durch fortwährende Angliederung von Konkurrenzgesellschaften oder von solchen Unternehmungen, die eine Ergänzung der eigenen Erzeugung darstellten. Im Jahre 1909 wurde die Schallplattenfabrik Bela-Record durch Ankauf bzw. Umtausch der Aktienmehrheit unter Einfluß der „Lindström" gebracht. Zwei Jahre später wurde die englische „Fonotopia" mit ihren Tochtergesellschaften auf ähnliche Weise erworben. Wieder 2 Jahre später erfolgte die Uebernahme der Plattenfabriken Decapo-Record von Grünbaum u. Thomas, Berlin, Favorit-Record, Hannover, und der Berliner Lyrophonwerke. Mit diesen Aufkäufen hat der Lindströmkonzern eine fast monopolartige Stellung auf dem Markte für Sprechmaschinen und -platten dazu errungen. Jedenfalls wirkte er preisbestimmend und entscheidend auf die allgemeinen Verkaufsregeln.

Die Rentabilität der Lindströmwerke war seit der Gründung glänzend. Die erste Dividende wurde schon mit 12 Prozent ausgeschüttet; dann wurden 15, darauf zweimal 20 und für 1913 wieder 15 Prozent verteilt. Der Krieg brachte dem Unternehmen zunächst empfindliche Verluste. Die ausländischen Unternehmungen wurden der Kontrolle und dem Einfluß des Konzerns entzogen, teilweise überdies schwer beschädigt. So soll die Fabrik in Paris völlig zerstört sein. In der Warschauer Fabrik hat die russische Regierung die Matrizen weggenommen, die Londoner Fabrik ist von der englischen Regierung zwangsweise liquidiert worden. In Anbetracht dieser Umstände wurden beim Abschluß für das Geschäftsjahr 1914 1½ Millionen Mark auf die Tochtergesellschaften, vor allem für die ausländischen Beteiligungen, abgeschrieben.

Der Absatz nach dem Auslande geriet sofort nach Kriegsausbruch ins Stocken. Auch der Absatz im Inlande ließ erheblich nach, hob sich jedoch später wieder. Immerhin konnte er den Ausfall der Auslandsgeschäfte nicht ausgleichen. Der Abschluß gab mithin statt des gewohnten Gewinnes einen Verlust in Höhe von 2 343 013 Mk., der aus dem gut gefüllten Reservefonds gedeckt wurde.

Schon bei Bekanntgabe des ungünstigen Resultats für 1914 teilte die Verwaltung mit, daß das Unternehmen jetzt auf Heereslieferungen eingestellt und mit Aufträgen für das Heer reichlich versehen sei. Die Aktionäre dürften also die Hoffnung hegen, daß die dividendenlose, die schreckliche Zeit bald vorübergehen würde. Diese Hoffnung hat nicht getrogen. Die Heereslieferungen haben glänzende Gewinne abgeworfen. Die Aktionäre erhalten zwar „nur" 12 Prozent = 600 000 Mk. als Dividende, aber der tatsächlich erzielte Gewinn ist so hoch, daß die Gesellschaft auch die doppelte Dividende hätte verteilen können. Es wird nämlich ein Reingewinn von 1 816 764 Mk. ausgewiesen, das sind etwa 36 Prozent des Aktienkapitals. Ueberdies ist der ausgewiesene Reingewinn auch erst nach sehr „vorsichtiger" Bilanzierung ermittelt. So ist die Roheinnahme um etwa 440 000 Mk. für „Rückstellungen" gekürzt, ohne daß angegeben wird, wofür die Rückstellungen erfolgt sind. Die Abschreibungen sind sehr reichlich. Die gesamte Fabrikationsanlage steht noch mit einer ganzen Reichsmark zu Buche. Als Tantieme an Direktion und Beamte wurden 168 986 Mark, an den Aufsichtsrat außerdem 56 328 Mk. ausgeworfen. Da nur fünf Herren im Aufsichtsrat sitzen, erhält jeder reichlich 11 000 Mk. für seine Tätigkeit.

Ueber die Aussichten des Unternehmens heißt es im Bericht: „Auch im laufenden Jahre sind wir mit Aufträgen gut versehen. Wir dürfen daher hoffen, auch im nächsten Jahre einen befriedigenden Abschluß vorlegen zu können, und dürfen erwarten, daß, falls wieder friedliche Verhältnisse eintreten, wir auf Grund unsrer starken innerlichen Konsolidierung und guten materiellen Lage unsre frühere Arbeit wieder mit Erfolg fortführen können." — Hoffentlich vergißt die Verwaltung nicht, auf die leider nicht gute materielle Lage der beschäftigten Arbeiter Rücksicht zu nehmen.

Die oben erwähnte Bela-Record-A.-G., Berlin, deren Aktienmehrheit der Lindström-Konzern besitzt, hat gleichfalls recht gute Geschäfte mit Heeresaufträgen gemacht. (Die Verwaltung sagt, sie kann die Heeresaufträge „mit angemessenem Gewinn abwickeln".) Das Vorjahr brachte der Gesellschaft einen Verlust von 180 241 Mk., der aus den Reserven gedeckt wurde; das Jahr 1914 hat einen Reingewinn von 341 296 Mk. gebracht, aus dem die Aktionäre 90000 Mk. als sechs Prozent Dividende auf 1½ Millionen Mark Kapital erhalten. Die Abschreibungen und Rückstellungen sind auch bei diesem Unternehmen sehr hoch. Als Tantiemen und Gratifikationen werden 37 100 Mk. verteilt. Für das jetzt laufende Geschäftsjahr ist die Gesellschaft gut mit Heeresaufträgen versehen; von der Zeit nach dem Kriege erhofft sie normale Entwicklung des Friedensgeschäfts.

Auch Holland will Teerfarben machen.

Auch Holland will nunmehr der deutschen Fabenindustrie Konkurrenz machen. Wie die holländische Tagespresse mitteilt, hat ein holländischer Industrieller die Initiative zur Errichtung einer niederländischen Farbenfabrik in Holland ergriffen. Die Verbraucher von Farbstoffen werden sich an dem Unternehmen beteiligen. Die finanzielle Unterstützung erfolgt durch die Neederlandsche Handels-Maatschappij. Um das Risiko zu verringern, soll einstweilen die Fabrikation auf die Herstellung von Anilinöl beschränkt werden. — Die Meldung klingt nicht sonderlich glaubhaft. Wir registrieren sie jedoch, um zu zeigen, wie lebhaft sogar in solchen neutralen Staaten, die von Deutschland Farben auch jetzt beziehen können, das Bestreben ist, sich von der chemischen Industrie Deutschlands unabhängig zu machen.

Ein „beliebter Zeitvertreib".

Die französische Tageszeitung „Matin" („Morgen") brachte am 7. Mai d. J. folgende Privatmeldung aus Zürich:

„In den deutschen chemischen Fabriken ist ein beliebter Zeitvertreib der Arbeiter, einem Kameraden vermittels eines Gummischlauchs Sauerstoff unter einem Druck von 110 Atmosphären einzupumpen, bis er unter allgemeiner Heiterkeit explodiert!"

Selbstverständlich ist der Blödsinn keiner Widerlegung wert. Allerdings brachten deutsche Zeitungen um jene Zeit die Meldung, daß in einem Falle zwei Schlosser einer jugendlichen Arbeiter durch Sauerstoffeinführung tödlich verletzt hätten. Daraus aber zu schließen, das Töten der Mitarbeiter sei ein beliebter Zeitvertreib der deutschen chemischen Arbeiter, ist etwa ebenso logisch, als wenn wir aus der Tatsache, daß der „Matin" solche Meldungen glaubt und wiedergibt, folgern wollten, ganz Frankreich sei ein großes Irrenhaus.

Durchgehende Arbeitszeit.

In der „Papierzeitung" (Nr. 35) macht ein Herr Oskar Fürst, Mülheim a. d. Ruhr, den Vorschlag, die Einführung der Sommerzeit als Uebergang zur durchgehenden Arbeitszeit zu benutzen. Fürst verspricht sich bei der durchgehenden Arbeitszeit durch Ersparnis der Beleuchtungskosten eine Vermehrung des Volksvermögens um Millionen Mark, eine Verbilligung der Waren und damit verbunden ein Steigen unsrer Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkte.

Von den Angestellten und Arbeitern werden gegen die durchgehende Arbeitszeit Bedenken geäußert, und zwar wegen der späten Einnahme der Mittagsmahlzeit. Bei der heute noch üblichen 10- und 12stündigen Arbeitsdauer ist der Widerspruch der Arbeiter gegen ununterbrochene Ausnutzung ihrer Arbeitskraft nur zu begreiflich. Vielfach haben auch die Unternehmer selbst Einspruch erhoben gegen diese Neuerung in Handel und Industrie. Ein Unternehmer soll die kuriose Ansicht geäußert haben, „er wüßte nicht, was er mit der Zeit tun sollte, wenn seine Leute schon um 4½ Uhr die Arbeitsplätze verließen." Diesem Unternehmer kann nur empfohlen werden, im Geschäfte tüchtig mit zuzugreifen, dann wird er ebenso wie seine Arbeiter den Arbeitsschluß nach achtstündiger Arbeitsdauer herbeisehnen.

Die Vorteile der durchgehenden Arbeitszeit für die Arbeiterschaft schildert Fürst folgendermaßen:

„Dem Arbeitnehmer kämen folgende Vorteile zugute: Erstens die Annehmlichkeit des Arbeitsschlusses um 4½ oder 5 Uhr. Zum Vorteil wird der Zeitgewinn allerdings erst, wenn er sachgemäße und nützliche Verwendung findet. So kann der frühe Arbeitsschluß einem unreifen oder dem Laster zuneigenden Menschen zum Nachteil gereichen, jedoch sind das zum Glück nur Ausnahmen. In der Regel wird der Arbeiter nach Einnahme des Mittagmahles sich der Bestellung eines Gemüsegärtchens widmen, das seiner Frau den Haushalt erleichtert. Sodann schont der Arbeiter seine Augen, weil er fast gar nicht bei Licht arbeitet, und wird gesunder durch die abwechslungsvolle Gartenarbeit in frischer Luft. Weiterhin kann er an der Erziehung seiner Kinder mehr mitarbeiten und auch in der Hauswirtschaft manches leisten. Dem aus dem Kriege heimkehrenden Familienvater wird es besonders lieb sein, wenn er nach der langen Abwesenheit seine Familie nicht wie früher nur während der vorgerückten Abend- oder gar Nachtstunden aufsuchen kann.

Die verlängerte Verkaufszeit in Ladengeschäften an Sonnabenden usw. würde bei allgemeiner Einführung der durchgehenden Arbeitszeit überflüssig, da die Arbeitnehmer von nachmittags 5 Uhr bis abends 8 Uhr reichlich Zeit hätten, ihre Einkäufe zu besorgen."

Den Ausführungen Fürsts kann in vieler Hinsicht zugestimmt werden, unter der Voraussetzung, daß die Unternehmer sich endlich bereitfinden, die achtstündige Arbeitszeit allgemein einzuführen oder doch eine wesentliche Verkürzung der jetzt üblichen Arbeitszeiten zuzugestehen. In der Papier- und Zellstoffindustrie ist die durchgehende Arbeitszeit seit Jahrzehnten für das an Maschinen beschäftigte Personal üblich. Die Zellstoff- und Papierfabrikanten haben sich auch noch nie gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit gewandt, im Gegenteil haben sie stets jene Personen auf das heftigste bekämpft, die es wagten, an diesem System zu rütteln. Mit Sehnsucht haben diese Unternehmer den Augenblick herbeigesehnt, wo sie auch Frauen und Jugendliche mit den Segen der durchgehenden Arbeitszeit beglücken durften. Dieser lange erwünschte Zeitpunkt ist durch den Krieg gekommen, und es kann den Papier-

industriellen wahrhaftig nicht nachgesagt werden, daß sie mit der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit gezeigt hätten. Im Gegenteil, ohne daß die Arbeiterinnen und Jugendlichen auf eine solche Neuregulierung der Arbeitszeit gedrungen haben, wurde sie ihnen durch Unternehmermachtwort aufgehalst. Die Papierarbeiterschaft ist von der durchgehenden Arbeitszeit, so wie sie heute besteht, absolut nicht entzückt. Eine täglich zwölfstündige Arbeitszeit, die sich an Sonn- und Feiertagen für die Zellstoffarbeiter auf vierundzwanzig Stunden ausdehnt und oftmals schon 36 und 48 Stunden „durchgegangen" ist, bildet für diese Arbeiterschaft kein Vergnügen und keinen Vorteil. Die „durchgehende Arbeitszeit" ist für die Papierarbeiterschaft zur Qual und Pein geworden, und gar mancher Jüngling, der Freude an der „edlen Papiermacherkunst" gefunden hatte, hat sie wegen der „durchgehenden Arbeitszeit" wieder an den Nagel gehängt.

Erst wenn der Achtstunden-Arbeitstag Gemeingut der deutschen Arbeiterschaft geworden ist, wenn allen Arbeitern, die am Tage in der Fabrik in dumpfer Luft fronen, Gelegenheit geboten ist, in Wald und Heide sich zu erfrischen, dann erst werden auch die Papier- und Zellstoffarbeiter mit der „durchgehenden Arbeitszeit" einverstanden sein. St.

Papierarbeiterlöhne im Bezirk Düsseldorf.

Wie wenig soziales Verständnis viele Unternehmer für die Lage der Arbeiter haben, haben die Papierindustriellen im Agitationsbezirk der Zahlstelle Düsseldorf bewiesen. Unsre dortige Verbandsleitung reichte allen elf Papierfabriken des Bezirks eine Eingabe ein mit dem Ersuchen um Gewährung einer Lohnzulage von 20 Prozent. Diese Lohnforderung war, gemessen an den gegenwärtigen Teurungsverhältnissen, durchaus bescheiden zu nennen. Hinzu kommt, daß die Löhne der Papierarbeiter in diesem Bezirke, im Verhältnis zu den Löhnen in andern Industriezweigen, noch sehr niedrig sind, und in gar keinem Maße zu den örtlichen Verhältnissen stehen. Auch während des Krieges ist eine nennenswerte Aufbesserung der Löhne trotz der riesig gesteigerten Lebensmittelpreise nicht erfolgt. In einzelnen Betrieben hat es sogar Kämpfe gekostet, um den Lohn, den sich die Arbeiter in Friedenszeiten errungen hatten, zu erhalten.

Von den elf Papierfabriken, an die wir die Eingabe eingereicht hatten, haben sieben garnichtgeantwortet. Nach Meinung dieser Herren ist der Papierkorb der beste Platz für derartige Wünsche der Arbeiter. Bemerkenswert ist, daß es meistens diejenigen Papierfabriken waren, bei denen die schlechtesten Lohnverhältnisse bestehen. Es sind aber auch wiederum jene Betriebe, wo die Arbeiterschaft bisher den Weg zur Organisation noch nicht gefunden hat. Uns nimmt dieses Verhalten der Fabrikanten nicht wunder; sie können eben ihrer Arbeiterschaft noch etwas Derartiges bieten.

Vier Fabrikanten haben die Eingabe beantwortet, von diesen allerdings zwei in strikt ablehnendem Sinne, indem sie sich auf die Konkurrenz beriefen, die mit den Löhnen ihres Betriebes nicht Schritt halte. Zwei Fabriken haben in zusagendem Sinne geantwortet, aber auch hier haben sich die Arbeiter mit bedeutend weniger abfinden müssen, als in der Eingabe gefordert wurde.

In folgender Tabelle geben wir eine Aufstellung über die Löhne in sieben Papierfabriken des Düsseldorfer Bezirks. Im Verdienst sind die Prämien mit enthalten, die teilweise einen erheblichen Teil des Einkommens bilden.

Papierfabriken der Nummer nach aufgeführt.

	Maschinenführer pro Mon. M.	1. Maschinengehilfe pro Tag M.	2. Maschinengehilfe pro Tag M.	Schmierer pro Tag M.	Holländer-Müller pro Tag M.	Holländergehilfe pro Tag M.	Rollen-Maschinenführer pro Tag M.	Rollen-Maschinengehilfe pro Tag M.	Kalanderführer pro Tag M.	Querschneiderführer pro Tag M.
1. Verdienst										
vor dem Kriege	140	4,—	3,40	2,—	4,40	3,60	?	?	3,80	3,80
jetzt	150	4,20	3,40	2,20	4,40	3,60	?	?	4,40	4,20
2. Verdienst										
vor dem Kriege	180	4,40	4,—	3,80	6,50	4,20	4,40	4,—	?	4,20
jetzt	180	4,60	4,20	4,—	6,50	4,60	4,60	4,20	?	4,20
3. Verdienst										
vor dem Kriege	180	4,—	3,70	2,20	4,40	4,—	4,—	2,—	4,—	4,—
jetzt	180	4,20	3,70	2,20	4,40	4,—	4,40	?	4,40	4,20
4. Verdienst										
vor dem Kriege	220	4,20	3,40	2,50	4,40	3,60	3,50	?	3,50	3,40
jetzt	220	4,70	4,30	3,30	5,—	4,70	4,40	?	4,50	4,—
5. Verdienst										
vor dem Kriege	200	5,—	4,50	3,50	5,50	4,50	5,50	4,80	5,—	?
jetzt	200	5,80	5,50	3,50	6,50	5,50	6,50	5,50	6,—	?
6. Verdienst										
vor dem Kriege	215	5,40	4,95	4,40	7,50	6,50	7,—	6,—	6,50	?
jetzt	215	5,90	5,40	4,70	7,50	6,50	7,—	6,—	6,50	?
7. Verdienst										
vor dem Kriege	350	8,—	6,50	6,50	8,—	6,50	?	?	?	?
jetzt	250	6,80	5,80	5,80	6,80	5,80	?	?	?	?

Die Fabriken unter 5, 6 und 7 arbeiten mit Maschinen neuester Konstruktion, zum Teil mit Schnellaufmaschinen mit einer Arbeitsbreite von 3 Metern und mehr. Die Anforderungen an die Arbeiter sind dort bedeutend größer, es erklärt sich deshalb auch die bessere Entlohnung. Die Firma unter Rubrik 1 hat den Arbeitern eine Kriegszulage von 10 Prozent gewährt, gleichzeitig bringt sie aber von dem Lohn 20 Prozent in Abzug zur Unterstützung der Kriegerfrauen ihrer Werksangestellten. Die Firma unter Rubrik 4 hat das Einkommen ihrer Arbeiter dadurch zu erhöhen versucht, daß sie den Arbeitern pro Tag 13 Stunden zur Auszahlung bringt. Eine sonderbare Art, die sich nach dem Kriege an den Arbeitern bitter rächen wird. Die Firma unter Rubrik 7 hat zu Ausbruch des Krieges die Produktionsprämie, die nahezu die Hälfte des Einkommens der Arbeiter ausmachte, in Wegfall gebracht, dafür eine Kriegszulage zum Lohn gewährt. Immerhin stehen sich die Arbeiter dieses Betriebes pro Tag um 1 Mk. bis 1,50 Mk. schlechter wie vor dem Kriege. Um so sonderbarer mutet es uns an, als die Firma in ihrem Antwortschreiben uns mitteilte, sie habe die Löhne ihrer Arbeiterschaft den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt und werde sie auch für die Zukunft denselben anpassen. Wahrlich, die Papierfabrikanten verstehen es, sich „der Zeit anzupassen". Was stört sie die Not der Arbeiter. Nichtsdestoweniger begründen sie die Erhöhung der Papierpreise immer wieder mit den gesteigerten Löhnen der Papierarbeiter.

Aber auch die Arbeiterschaft trägt ihr vollgerütteltes Maß Schuld daran, daß ihre Forderungen von den Unternehmern nicht mehr berücksichtigt werden. Wenn hinter den Forderungen der Arbeiter überall die geschlossene Organisation steht, dann werden die Herren Fabrikanten auch mehr Entgegenkommen zeigen müssen. Das sollten die Papierarbeiter bedenken und beherzigen. Daraus sollten sie aber auch die entsprechenden Folgerungen ziehen, d. h. sich dem Verbande der Fabrikarbeiter anschließen und für den Anschluß an den Verband unter den Mitarbeitern wirken.

Hemmungen der Agitationsarbeit.

Auf zur Werbearbeit für den Verband. Mit diesem Aufruf tritt Kollege C. Rößler aus dem Schützengraben warm für die Agitation zur Werbung neuer Mitglieder für unsern Verband ein. Das ist nur zu begrüßen. Wenn er jedoch meint, daß der Burgfriede und die Beschränkung der Versammlungsfreiheit durch den Belagerungszustand die Werbearbeit für den Verband nicht allzusehr erschweren könne, so muß ich erklären, daß ich mit vielen andern darüber andrer Meinung bin. Schon der berauschende Taumel der Freude über die angebliche Neuorientierung in der Bewertung der Gewerkschaftsbewegung seitens der Regierung und der herrschenden Klassen bot denjenigen Unorganisierten in der Arbeiterschaft, deren starke Seite das Denken gerade nicht ist, die schöne Ausrede, daß die Organisationen ja nun überflüssig seien, weil in Zukunft alle — Regierung, Unternehmer und Arbeiter — eine heilige Gemeinschaft bilden werden. Von diesen kurz Denkenden werden auch die Aufbesserungen der Löhne und die Teurungszulagen, auch wo sie durch Antrieb der Gewerkschaften erreicht wurden, nicht als Verdienst dieser gewertet. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß dann während des Krieges auch die Hausagitation nicht recht wirksam ist.

Noch mehr als der Burgfriede hemmt die Versammlungsbeschränkung unsre Werbetätigkeit. Sie hindert uns auf die vielen Frauen, die jetzt in den Fabriken zum großen Teil mit schweren Männerarbeiten beschäftigt werden, entsprechend einzuwirken. Diese Einwirkung ist aber nötig, um die Frauen vor den schweren Gesundheits- und volkswirtschaftlichen Gefahren zu warnen, die durch Verrichtung dieser schweren Männerarbeiten um billigeren Lohn und durch die Aufhebung der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung, betreffs der Länge der Arbeitszeit der Frauen und Jugendlichen, heraufbeschworen werden. Schon jetzt sind viele Frauen infolge zu schwerer Arbeitsleistung krank geworden. Wie soll sich aber diese Tatsache mit der Mahnung einen, daß man die junge Generation zu schützen habe! Infolge der Hemmungen durch die Versammlungsbeschränkungen ist es aber schwer möglich, ja fast unmöglich, diese Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, was doch so notwendig ist, wenn wir nicht wollen, daß nach dem Friedensschluß unsre Volkswirtschaft dauernd schweren Schaden leiden soll, der zum Ruin unsers ganzen Volkes und seiner Kultur führen kann.

Wie schwer aber diese Hemmungen sind, dafür haben wir einen Beweis hier aus unserm Ort. Das Gewerkschaftskartell Tangermünde plante eine öffentliche Frauenversammlung zu dem vorgenannten Zweck. Diese sollte am 12. März stattfinden und wurde vom Unterzeichner dieses Artikels beim ersten Bürgermeister hier mündlich mit der nötigen Begründung angemeldet und um deren Genehmigung gebeten. Der Bürgermeister ging hierauf nicht ein, sondern forderte ein schriftliches Gesuch zur Abhaltung der Versammlung. Dabei eröffnete er, daß er die Genehmigung der Versammlung von dem Gutachten des Gewerbeinspektors in Stendal abhängig machen wolle. Der Hinweis, daß gerade der Herr Gewerberat in Stendal aus unsrer Versammlung mit Material für seinen Wirkungskreis in Tangermünde versehen werden sollte, brachte ihn von seiner Auffassung nicht ab. Doch auch die schriftliche Einreichung des Gesuchs war nicht genug; man verlangte nun auch den Wortlaut der in der Versammlung zu haltenden Rede in Abschrift. Auch diese Bedingung wurde erfüllt. Als das geschehen war, wurde die Versammlung nur unter der Bedingung erlaubt, daß nur der Wortlaut der in der eingereichten Abschrift enthaltenen Rede vorgetragen werden dürfe, weiter aber keine Diskussion über dieses Thema oder ein andres erlaubt sei. Unter solchen Umständen konnten wir von der „Erlaubnis" keinen Gebrauch machen. Der Gewerbeinspektor in Stendal hatte die Abhaltung der Versammlung nicht für notwendig erachtet. Wenn schwere Mißstände, verursacht durch die Aufhebung der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung, beobachtet wurden, solle man ihm das mitteilen; er wäre dann gern bereit, vorhandene Mißstände abzustellen. Meines Erachtens liegen allerdings die gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Schäden so klar zutage, daß wir den Herrn Gewerberat eigentlich nicht erst besonders darauf hinzuweisen brauchen.

Durch eine solche Handhabung der Polizeivorschriften sind wir natürlich in der Agitation furchtbar gehemmt. Währenddem können aber die Unternehmer ihre Interessen der Arbeiterschaft gegenüber ergiebig wahren, weil sie eben jederzeit in kleinen Konventikeln zusammenkommen können, wo sie Polizei und die Behörden nicht zu fürchten haben. Das kann nicht so weitergehen! Es muß versucht werden, im Reichstag darauf hinzuwirken, daß die Beschränkungen der rein wirtschaftlichen öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen eingestellt werden. Denn das arbeitende Volk, so ruhig und fest es sich allgemein im Durchhalten verhält, kann und muß verlangen, daß die Beschränkungen fallen, die nur dem Großkapital nutzen, im übrigen aber größten volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Schaden anrichten.

K. Krüger, Tangermünde.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Zentralverband der Fleischer in der Kriegszeit.

Der Verband zählte im zweiten Quartal 1914 6944 Mitglieder, einschließlich 324 weibliche. Die günstige Konjunktur, hauptsächlich in der Wurst- und Konservenindustrie, die bis Anfang Februar d. J. anhielt, und die überaus hohe Zahl der Einberufenen führte zeitweilig zu großem Mangel an Personal, hauptsächlich an gelernten Fleischern. Seit Februar d. J., speziell infolge der Viehknappheit und -teurung, die ja zu dem Verbot der gewerbsmäßigen Herstellung von Konserven aus Fleisch oder Zusatz von Fleisch führte, ist eine große Arbeitslosigkeit und ein ganz erheblicher Rückgang der Löhne eingetreten. Die meisten Großbetriebe haben ihre Fabriken geschlossen, und wo wirklich noch der Betrieb aufrechterhalten werden kann, wird nur wenig Personal, und dieses meist noch bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Bis zum 31. März d. J. betrug die Zahl der Neuaufnahmen 6259, darunter 1780 weibliche. Von 89 Zweigvereinen bestehen noch 51 mit 2065 Mitgliedern. 38 Zweigvereine sind aufgehoben, weil alle Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen sind. Die Statistik vom 31. März d. J. ergibt, daß insgesamt 7203 Mitglieder eingezogen sind, darunter 2676 Verheiratete. Arbeitslos waren an diesem Tage einschließlich 387 weibliche 654 Mitglieder gleich 31,6 Prozent des Mitgliederbestandes. Bis 31. März d. J. hatte der Verband nur 2246 Mk. Arbeitslosenunterstützung auszuzahlen gehabt, dagegen aus dem Kriegshilfsfonds, der fast ausschließlich durch freiwillige Beiträge gehalten wird, 51 231 Mk. an Familien der Kriegsteilnehmer. 207 Mitglieder sind im Kriege gefallen. — Die Einschränkung bzw. Einstellung der Großbetriebe zwang natürlich in erster Beziehung die ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen, Beschäftigung in andern Industrien anzunehmen, was zur Folge hatte, daß dem Verbande 3935 Mitglieder, darunter 1457 weibliche, wieder verloren gingen.

Der Dachdeckerverband im Jahre 1915.

Vor Kriegsausbruch zählte der Verband 8163 Mitglieder. Zu Beginn des Jahres 1915 waren davon 3684 in militärischen Diensten. In das neue Geschäftsjahr wurden 4079 Mitglieder übernommen. Am Schlusse des Jahres 1915 waren 5020 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen. Ein weiterer sehr erheblicher Teil ging wegen Arbeitslosigkeit in andre Berufe über und wurde so der Organisation entfremdet. Eifrige Werbetätigkeit füllte manche Lücke wieder aus, so daß am Schluß des Jahres 2673 Mitglieder vorhanden waren. Die Mitgliederziffer ist seit diesem Frühjahr wieder im ständigen Steigen begriffen; der Verband hofft, daß der tiefste Stand überwunden ist.

An Mitgliederbeiträgen gingen im Jahre 1915 67 972 Mk. ein. Davon erhielten die Mitglieder wieder in Form aller Art von Unterstützungen zurück 66 665 Mk. Es flossen also sämtliche Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen wieder an die Unterstützungsberechtigten zurück. Alle übrigen Kosten für Verwaltung, Bewegungen, Agitation usw. wurden aus den übrigen Einnahmen und dem vorhandenen Kassenbestand gedeckt.

Tarifbewegungen aller Art, Kriegs- und Teurungszulagen wurden in 108 Orten ausgefochten. Hierdurch ist den Berufsgenossen eine durchschnittliche Aufbesserung von 5 bis 6 Pf. die Stunde erreicht worden. In den weitaus meisten Fällen wurde die Erhöhung der Löhne allerdings in der Form von Teurungs- oder Kriegszulagen bewilligt. Nur in 39 Orten ist der tarifmäßige Lohn in der Form verlängerter Tarife als tarifmäßiger Zuschlag vereinbart worden. Die meisten Tarife wurden auf ein Jahr verlängert, ein erheblicher Teil aber auch kurzweg bis „nach Beendigung des Krieges" oder, was wohl auf das gleiche herauskommt, „bis nach Friedensschluß". In einer Reihe von Städten ist ein tarifloser Zustand eingetreten. — Der Kassenbestand ist gegen das Jahr 1914 nur um 3000 Mk. gesunken, trotzdem in 18 Monaten über 80 000 Mark an Kriegs- und Arbeitslosenunterstützungen ausgegeben worden sind.

Der Verband der Hausangestellten im Kriegsjahr 1915.

Der neben dem Landarbeiterverband jüngste Zweig der gewerkschaftlichen Organisation hat unter den Kriegsfolgen recht stark zu leiden. Gleich nach Kriegsausbruch machten sich diese für die Mitglieder bemerkbar. Dem häuslichen Personal wurde angeboten, mit verkürztem Gehalt sich abzufinden oder auch nur für Kost und Wohnung zu arbeiten. Viele Hausangestellte wurden entlassen. Noch heute behelfen sich zahlreiche Familien, die sich früher Personal zu ihrer Bedienung gehalten haben, mit Aushilfskräften. Die Schwierigkeit der Nahrungsmittelbeschaffung trägt hierzu erheblich bei. Viele Hausangestellte mußten daher ihren Beruf wechseln. Andre verließen ihre Stellung, um zu Hause die fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen. Daraus erklärt sich der Mitgliederrückgang, der im Berichtsjahre eingetreten ist. Am Jahresschluß 1915 waren 3832 Mitglieder vorhanden gegen 5108 am Schlusse 1914. Sie verteilen sich auf 36 Ortsgruppen.

Auch die Einnahmen und Ausgaben weisen erheblich geringere Summen als im Vorjahr auf. An Einnahmen verzeichnet der Bericht 19 603 Mk., davon 10 805 Mk. aus Beiträgen. Im vorigen Jahre betrugen die Einnahmen 30 282 Mk., von denen 13 420 Mk. aus Beiträgen herrührten.

Dementsprechend sind auch die Ausgaben des Verbandes eingeschränkt worden. Die Ausgaben für Agitation, die sonst die erste Stelle einnahmen, blieben mit 4037 Mk. um 5176 Mk. hinter der des Vorjahres zurück. Der Belagerungszustand legt dem Verbande erhebliche Beschränkungen auf. Dazu kommt, daß an verschiedenen Orten die ehrenamtlich tätigen Kräfte jetzt weniger Zeit für den Verband aufwenden können, weil sie jetzt Erwerbsarbeit verrichten müssen oder durch die Beteiligung von Familienangehörigen am Kriege in ihrer Leistungsfähigkeit gehemmt sind. Für Krankengeld wurden verausgabt 3317 Mk., für Rechtsschutz 543 Mk. Nur die Ausgaben für Rechtsschutz sind höher als im Vorjahre.

Trotz dieses zahlenmäßig ungünstigen Abschlusses kommt durch den Bericht aber doch zum Ausdruck, daß der Verband der Hausangestellten während der langen Dauer des Krieges gewissermaßen die Feuerprobe bestanden hat. Ein großer Stamm treuer Mitglieder ist ihm geblieben, und die Erfahrungen vieler Hausangestellten in der Kriegszeit, denen der Verband mit seinen Einrichtungen helfend zur Seite gestanden hat, bürgen dafür, daß nach Wiedereintritt geregelter Verhältnisse die Kriegsfolgen bald überwunden sein werden.

40 Jahre Sulfit-Zellstoff.

Am 28. Mai d. J. konnte Professor Dr. Alexander Mitscherlich seinen 80. Geburtstag und zugleich das 40. Jubiläum seiner Erfindung, der Sulfitzellulose, feiern. Mitscherlich, der als Professor für Chemie an der Forstakademie in Hann.-Münden gegen ein Jahresgehalt von 900 Taler tätig war, suchte, ebenso wie Keller, der Erfinder des Holzschliffes, der Papierfabrikation einen billigen Ersatzstoff für die teuren Lumpen zu schaffen. Dabei kam er auf die Entdeckung der Holzzellulosegewinnung durch doppeltschwefligsauren Kalk. Seine ersten Laboratoriumsversuche begannen damit, daß er das Holz in zugeschmolzenen Glasröhren aufzuschließen versuchte. Später benutzte er größere Flaschen, die mit Thermometer und Manometer versehen waren. Zum Schutze gegen Explosionen umgab er die Flaschen mit einer Sandschicht. Nach weiteren Versuchen in kupfernen Zylindern begann er die Aufschließung des Holzes in kleinen eisernen Kochern, die erst mit Blei und später mit Steinen und Blei ausgelegt wurden, um eine Zersetzung der eisernen Kessel durch die schweflige Säure zu vermeiden. Damit hatte Mitscherlich die Grundlage zu den noch heute, allerdings in riesenhaft vergrößertem Maßstabe, im Gebrauch befindlichen Zellstofflochern gelegt.

Die ersten praktischen Versuche führte Mitscherlich in der Schwefelsäure- und Düngerfabrik von Rißmüller in Münden aus. Bemerkenswert ist, daß Rißmüller, der sich vom Lohgerber zum Schwefelsäurefabrikanten emporgeschwungen hatte, wieder in das Proletariat zurücksank und Aufseher in der vergrößerten Zellstoffabrik und damit ein Gehilfe Mitscherlichs wurde.

Lange sollte sich der Mündener Betrieb seiner produktionellen Freiheit nicht erfreuen. Von allen Seiten wurden Beschwerden gegen die Zellstofflocherei erhoben. Die Bevölkerung Mündens, an ihrer Spitze die Stadtverwaltung, beschwerten sich über den üblen Geruch, die Waldbesitzer und die Forstverwaltung klagten wegen Waldschadens, Landwirte und Eisenbahnverwaltung protestierten gegen die Abwässer. Diese Schwierigkeiten veranlaßten Mitscherlich, seine Stellung an der Forstakademie aufzugeben, die Mündener Fabrik an die Höcklingser Papierfabrik zu verkaufen und 1883 nach Freiburg in Baden überzusiedeln.

Reichtümer konnte Mitscherlich von seiner Erfindung nicht erwerben, da sein Patent von den Papierfabrikanten auf Grund eines nicht zur Ausführung gekommenen Patents des Amerikaners Tilphman vor dem Reichsgericht mit Erfolg angefochten wurde. Auf Grund dieses Urteils entstanden allenthalben neue Zellstoffabriken mit neuen Verfahren, die im Grunde aber doch alle auf den Ideen Mitscherlichs beruhten. Es wäre heute ein müßiger Streit, darüber zu entscheiden, ob Mitscherlich der wirkliche und „echte" Erfinder der Sulfitzellulose ist oder ob er nur das Tilphmansche Patent zur Ausführung gebracht und verbessert hat. Tatsächlich gebührt ihm das Verdienst, das Sulfitzellstoffverfahren praktisch zur Anwendung gebracht und so den Grundstock zu einer blühenden Industrie gelegt zu haben.

Mitscherlich übertrug die Ausführung seines Verfahrens auch seinem Bruder Richard, der 1875 in Gemeinschaft mit dem Direktor der Thodeschen Papierfabrik eine Zellstofflocherei in Hainsberg errichtete. Richard Mitscherlich benutzte zur Fabrikation rotierende Lumpenkocher, die mit Holz gefüllt und mit der Kochlauge gespeist, sechs Stunden unter drei Atmosphären Druck standen. Das Ergebnis der Kochung war nicht erfreulich. Das Holz kam hart und schwarz gefärbt aus dem Kocher und mußte in der Schmiede mit Amboß und Hammer zerkleinert werden. Besonders schwierig gestaltete sich in Hainsberg die Herstellung der Kochlauge. Der Direktor der chemischen Fabrik Döhlen übernahm die Leitung der Herstellung schweseliger Säure. In der Chlorgasbleicherei Hainsberg wurde ein Schwefelofen aufgestellt, von dem die aus dem gebrannten Schwefel entwickelten Gase in gemauerte Kammern geleitet wurden, die innen mit Hürden versehen waren, auf denen gebrannter Kalk ausgebreitet lag, der der Einwirkung des Gasstroms ausgesetzt wurde. Der Versuch, auf diese Art Kochlauge herzustellen, mußte bald aufgegeben werden, da der sich bei der Lumpenfabrikation entwickelnde Geruch für die beschäftigten Personen unerträglich war. Seinem zweiten Bruder Oskar richtete Mitscherlich auf seinem Gute bei Breslau in einer Schnapsbrennerei gleichfalls einen Kocher ein, doch mißglückte der geplante Bau einer Zellstoffabrik an den mangelhaften chemischen Kenntnissen Dr. Oskar Mitscherlichs.

Heute sind diese Fragen von der Zellstoffchemie zum Teil längst gelöst. Neue Industriezweige sind erstanden, die aus der schädlichen Zellstoffablauge brauchbare Produkte herausziehen und, nach der Volksmundart ausgedrückt, aus „Dreck Gold münzen". Der Zellstoff aber ist zum unentbehrlichsten Rohstoff der Papierfabrikation geworden und hat sich in der Textil-, Sprengstoff- und Verbandmittel-Industrie ein neues Verwendungsgebiet erobert. G. St.

Poesie auf Klosettpapier.

Bei einer Liebesgabensendung befand sich auch eine Rolle Klosettpapier. Der glückliche Empfänger dieses im Schützengraben doppelt wertvollen Gegenstandes war ein Nürnberger Arzt. Wie erstaunt war er, als er beim ersten Gebrauch auf dem ersten Blatte las:

Viele Grüße von der Papierfabrik aus Eislingen sendet Rose K . . . . .; vielleicht bekommt dieses Paket einer, welcher uns kennt.

Fräulein Rosa erhielt als Antwort folgende poetische Erwiderung:

Als ich an einem stillen Orte
Las heute Eure schönen Worte,
Las sie auf dem Klosettpapier,
Da packte mich die Rührung schier,
Daß deutscher Mädchen Gruß und Segen
Begleitet uns auf allen Wegen.
Und jedes Blatt, das wir verwenden,
Von liebevollen Mädchenhänden —
So fühlen wir's — wird es geführt.
(Wie tief uns das im Innern rührt.)
Und seid Ihr uns auch nicht bekannt,
Wir reichen dennoch Euch die Hand;
Denn was Ihr schneidet, faltet und glättet,
Was uns vor Schmutz und Schande rettet,
Das ist ein zartes, weiches Band
Von Euch — zu uns im Feindesland! —

Berichte aus den Zahlstellen.

Döbeln i. S. Eine Stunde von hier entfernt, in herrlicher Waldgegend, direkt an der altehrwürdigen Ruine Kämpe, liegt das Sandwerk Mahlitzsch. Dasselbe ist von jeher eine Goldgrube für Besitzer und Pächter gewesen, da hier in der Hauptsache besonders wertvolle Sandarten, wie Form- und Kernsand usw., abgebaut werden. Leider kann man das gleiche nicht auch von den Arbeitern sagen. Vielmehr ist dieses Sandwerk von jeher ein Schmerzenskind unsrer Zahlstelle gewesen. Die dort gezahlten Löhne sind überaus niedrig, und ein raffiniertes Antreibersystem hat schon wiederholt zu Unglücksfällen geführt. Unter andern verunglückten im August v. J. zwei Arbeiter tödlich, indem sie von hereinbrechenden Sandmassen verschüttet und erstickt wurden. Der Pächter wurde daraufhin im Oktober zu einer einjährigen Gefängnisstrafe wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. In der Verhandlung wurden damals geradezu unglaubliche Dinge festgestellt. Vor allem aus den Strafakten der Berufsgenossenschaft. Bereits 1909 wird darin moniert, daß die **Wände zu steil seien. 1910 folgte eine Verwarnung, daß der Abraum nicht beseitigt, die Wände unterhöhlt und nicht schief genug seien.** Im November 1910 ereignete sich ein **Unfall, der auf die zu steilen Wände zurückgeführt wird.** Am 30. Januar 1911 wird im Hinblick auf die groben Verstöße gegen Sommer eine **Strafe von 100 Mk. verhängt.** Sechs Monate später findet der kontrollierende Beamte, daß trotz der Strafe **nicht die geringste Aenderung** eingetreten ist; **überall steile Wände** bei lockerem Material. Wieder wird **er** aufgefordert, die Wände auf 45 Grad zu bringen. Als dieser Aufforderung nicht nachgekommen wird, wird **mit einer Sperre und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gedroht.** Sommer hält es nicht einmal für nötig, zu antworten. Am 26. Oktober findet erneut eine Kontrolle statt. Der Beamte vermerkt in dem Bericht, daß Sommer **in unverantwortlicher Weise die Schutzbestimmungen vernachlässige.** Das wird ihm mitgeteilt. 1912 stellt sich heraus, daß trotz allen Verwarnungen, allen Strafandrohungen der Betrieb in gleicher **gefahrvoller Weise weiterbetrieben** wird. Die Gewerbeinspektion stellt daher den Antrag, die Grube zu sperren, bis der vorschriftsmäßige Abbau durchgeführt ist. Es wird vermerkt, daß wegen der Renitenz Sommers mit aller Strenge vorgegangen werden und **der Betrieb unter ständige Kontrolle eines Gendarmen gestellt werden möchte.** Die Amtshauptmannschaft Döbeln hat dann auch den Betrieb gesperrt. Als er darauf wieder freigegeben wurde, machte der kontrollierende Beamte **nach kurzer Zeit wieder dieselben Beobachtungen** bezüglich steiler Wände und überhängenden Abraums. Am 14. März 1914 wird er deshalb um Abstellung der Mängel ersucht, und so geht das fort bis zu dem oben erwähnten Unfall. Das Urteil lautete, wie schon gesagt, auf ein Jahr Gefängnis. Bemerkenswert ist nun, daß der Verurteilte sich noch immer auf freiem Fuß befindet. Und fast noch bemerkenswerter — oder nicht? — ist es, daß das Urteil durchaus nicht zur einwandfreien Beachtung der notwendigen Schutzmaßnahmen geführt hat. Erst vor einigen Wochen wurde wieder ein Arbeiter bis an die Hüften verschüttet und dabei so schwer verletzt, daß er noch arbeitsunfähig ist. Da sollte doch wirklich ernstlich eingeschritten werden!

Auch die Lohnverhältnisse in diesem Betriebe sind sehr besserungsbedürftig. Ein Stundenlohn von zurzeit 40 Pf. ist für diese Arbeit als äußerst niedrig zu bezeichnen. Leider ist die Zaghaftigkeit der Arbeiter recht groß, so daß eine Besserung schwierig ist. Hinzukommt, daß die meisten Arbeiter Wirtschaftsbesitzer und somit nicht direkt auf den Arbeitsverdienst angewiesen sind. Auch haben sie den Vorteil, daß sie zur Verrichtung ihrer Feldarbeiten kommen und gehen können, wenn es ihnen beliebt. Aus diesen Gründen glauben sie auch die Organisation nicht nötig zu haben. Aber auch organisierte Bauarbeiter arbeiten zu diesen niedrigen Löhnen, trotzdem ihr Tariflohn 55 Pf. beträgt. Freilich liegt die Bautätigkeit zurzeit hier sehr danieder. Vor dem Kriege behalf sich der Unternehmer in der Hauptsache mit polnischen Arbeitern, und im Winter suchten beschäftigungslose Bauarbeiter zu einem **Stundenlohn von 25 Pf.** Unterschlupf. Aus diesen Gründen konnte der Verband wenig Eingang finden, und aufrechte Kollegen kehrten diesem ungastlichen Betrieb nach kurzer Zeit wieder den Rücken. Es ist jetzt aber hohe Zeit, daß in diesem Betriebe einmal bessere Zustände geschaffen und die Arbeiter ausreichend gegen die Betriebsgefahren geschützt werden.

Frankfurt a. M. (Die chemische Fabrik Griesheim Elektron bessert auf.) Die Arbeiter der chemischen Fabrik Griesheim Elektron haben in Anbetracht der hohen unerschwinglichen Lebensmittelpreise in einzelnen Abteilungen versucht, durch Petitionen an die Abteilungsvorsteher höhere Löhne zu erreichen. Ihnen wurde aber ein ablehnender Bescheid zuteil. Im einzelnen wurden „Ausgleichungen" vorgenommen, d. h. dem einen Arbeiter, der nach Ansicht der Betriebsleiter zu viel (!) Lohn hatte, wurden 1—2 Pf. abgezogen und dem gegeben, den man für aufbesserungsbedürftig hielt. Diese Art von Lohnregulierung erregte selbstverständlich den Unwillen der Arbeiter. Auf Anregung wurde beschlossen, die Direktion zu ersuchen, eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Prozent zu gewähren. Eine Kommission von 20 Kollegen aus verschiedenen Räumen vertrat die Forderungen der Arbeiterschaft. Begründet wurde das Verlangen mit den zum Teil bis über 300 Prozent gestiegenen Lebensmittelpreisen und dem Mehraufwand, den eine Familie dafür aufzuwenden hat. (Vor dem Kriege 25,80 Mk., jetzt 43,40 Mk.) Auch wurde darauf hingewiesen, daß die chemische Industrie durch den Krieg sehr gut verdient und infolgedessen sehr wohl in der Lage sei, den Arbeitern eine Lohnerhöhung zu gewähren. Der Erfolg der Bewegung war, daß sich die Direktion zwar nicht bereit erklärte, eine Lohnerhöhung zu gewähren, aber die Teuerungszulage, die bisher 70 Pf. pro Tag betrug, auf 1 Mk. zu erhöhen. Für jedes Kind gab es bisher 50 Pf. pro Woche; auch diese Summe wurde auf 1 Mk. erhöht. Inwieweit die Teuerungszulagen nach dem Kriege als Lohnerhöhung bestehen bleiben, hängt sicher von der Stärke der Organisation der Arbeiter ab. Also hinein in den Verband! Wie die früheren so ist auch die letzte Erhöhung der Teuerungszulage der organisierten Arbeiterschaft zu danken.

Köln. Gewerkschaften und städtische Lebensmittelversorgung. Wir geben dem folgenden Bericht, obwohl er sich nicht mit Angelegenheiten des Verbandes beschäftigt, gern Raum, weil die kommunale Kriegsarbeit in Köln, wohl infolge des Zusammenarbeitens mit den Vertretungen der Arbeiterschaft, in mancher Hinsicht vorbildlich ist. D. Red.

Während die Zentralbehörden der Arbeiterbewegung die Regierung schon seit Beginn des Krieges zu einem weitgehenden Eingreifen in das Wirtschaftsleben zu ermuntern suchten, blieb es den örtlichen Instanzen der Arbeiterbewegung vorbehalten, die Gemeinden zur Erfüllung ihrer Pflichten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung anzuhalten. In Köln arbeiteten das Gewerkschaftskartell, der Sozialdemokratische Verein und die Arbeiterpresse, die „Rheinische Zeitung", in den Lebensmittelfragen gemeinsam. Die Konsumgenossenschaft „Hoffnung" wurde, je weiter das Jahr vorrückte, durch die Stadtverwaltung in den Versorgungsapparat eingespannt, leider noch [illegible] in dem erwünschten Maße.

Schon im Winter 1914/15 machten sich bedenkliche Zustände in Köln bemerkbar. An vielen Tagen standen Hunderte von Frauen und Kindern stundenlang vor den städtischen Verkaufsstellen für Kartoffeln, um einige Pfund davon zu erlangen. Im Frühjahr kamen dann massenhaft Kartoffeln nach Köln, aus den Mieten und Kellern der Landwirte heraus, die zu einem erheblichen Teile verfaulten. Das Endergebnis des Kartoffelgeschäfts der Stadt Köln war im vorigen Jahre ein Verlust von fast zwei Millionen Mark, der zum größten Teil allerdings dadurch entstanden ist, daß die Stadtverwaltung Kartoffeln billiger abgab, als sie ihr zu stehen kamen.

Mit der ersten Eingabe zur Lebensmittelversorgung wandten sich die Gewerkschaften gemeinsam mit dem Sozialdemokratischen Verein am 25. März 1915 an die Kölner Stadtverwaltung und forderten unter ausführlicher Begründung:

1. Erhöhung der Unterstützungen an Kriegerfamilien.
2. Ausdehnung der Schulspeisung.
3. Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung, und zwar vor allem durch Vorkehrungen, die die von der Stadt eingelagerten Lebensmittel zu möglichst billigen Preisen an die Verbraucher bringt.
4. Errichtung städtischer Volksküchen.
5. Enteignung der Mehlvorräte unter 100 Kilogramm in privaten Haushaltungen.
6. Soziale Abstufung der Brotkarten.
7. Maßnahmen gegen die ungerechtfertigte Milch- und Gemüseverteurung.

Diese Eingabe fand damals bei der Stadtverwaltung anscheinend noch wenig Beachtung. Jedoch läßt sich heute rückschauend sagen, daß sich unter dem Drucke der Not die städtische Lebensmittelversorgung mehr und mehr in den schon am 25. März v. J. von den Vertretern der Arbeiterschaft gezeichneten Bahnen bewegt. — Im April 1915 richtete der Oberbürgermeister regelmäßige Pressekonferenzen im Rathause ein. In einer dieser Konferenzen regte der Vertreter der Arbeiterpresse an, der Oberbürgermeister möge im Hinblick auf die steigende Not der unbemittelten Volksschichten Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu einer Besprechung im Rathause empfangen. Eine solche Besprechung fand dann auch am 15. Juli statt, und führte zu einer klärenden Aussprache über zahlreiche wichtige Fragen.

Um diese Zeit begann das rasende Ansteigen der Preise fast aller wichtigen Verbrauchsartikel auch die Oeffentlichkeit außerhalb der Arbeiterschaft stark zu erregen. Am 18. Juni erließ der Gouverneur eine scharfe Verordnung gegen künstliche Preistreibereien und unangemessene Verdienste im geschäftlichen Verkehr. Auch eine Stadtverordneten-Versammlung am 23. Juni fand scharfe Worte gegen die „gewissenlose Profitwut" auch der Bauern in den benachbarten Bezirken. Zur selben Zeit dehnte die Stadtverwaltung ihre Lebensmittelverkäufe beträchtlich aus, so auf Frühkartoffeln, Obst und Gemüse. Am 23. Juli setzte dann die Aktion der Regierung mit der Bundesratsverordnung gegen den Wucher ein.

Am 28. Oktober wurden Fettkarten und Petroleumbücher ausgegeben, jedoch hielt die außerordentliche Knappheit in beiden Artikeln bis zur Niederschrift dieses Berichts an. Hinzu kam im Laufe des Monats November trotz der gewaltigen Ernte ein empfindlicher Kartoffelmangel, der noch dadurch verschärft wurde, daß die aus dem Osten kommenden Kartoffeln zu einem wesentlichen Teile erfroren oder sonst minderwertig waren. In der Besorgnis, daß die Zufuhr von Kartoffeln nach Köln bei der Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen noch mehr gehemmt würde, konnte sich die Stadt Köln zunächst zu einem Kleinhandelshöchstpreis nicht verstehen. Das Kartell der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratische Verein forderten daher in einer Eingabe vom 8. November die Festsetzung eines Kleinhandelshöchstpreises von 4,35 Mk. Diese Eingabe hatte insofern sofort Erfolg, als die Stadtverwaltung in ihren eigenen Verkaufsstellen den Preis entsprechend herabsetzte und später auch den von uns gewünschten Kleinhandelshöchstpreis von 4,35 Mk. einführte.

Die Entwicklung der städtischen Lebensmittelversorgung im einzelnen zu schildern, würde zu weit führen. Erwähnt sei nur, daß Ende Dezember 1915 36 Verkaufsstellen mit eigenem Personal bestanden. Außerdem sind etwa 6000 Kleinverkaufsstellen für Kartoffeln bei den hiesigen Gemüsehändlern errichtet worden. Ferner unterhält die Stadt 50 Niederlagen für den Verkauf von Klippfischen. Sie gibt an etwa 60 Verkaufsstellen Milch, an ungefähr 50 Geschäfte Butter sowie an über 1200 Kolonialwarengeschäfte Petroleum ab. Darunter befinden sich auch die Filialen der Genossenschaften. Daneben unterhält die Stadt noch fünf eigene Verkaufsstellen für Fett. Der gesamte Umsatz dieses Lebensmittelgeschäfts ist bis zu Ende des Jahres 1915 auf 94 Millionen Mark gestiegen. Außerdem hat die Stadtverwaltung größere Anlagen zur Herstellung von Dörrgemüse und Dörrobst und zur Trocknung der zu Zwecken der Viehfütterung gesammelten Küchenabfälle eingerichtet. Unsre Forderung nach Einführung von Volksküchen hat man durch die Errichtung von Abgabestellen für sogenannte Eintopfgerichte im gesamten Stadtgebiet Rechnung getragen. Seit Anfang Februar ist man noch einen Schritt weitergegangen und hat fahrbare Stadtküchen, sogenannte „Gulaschkanonen", eingerichtet, die äußerst stark von der minderbemittelten Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Zurzeit werden von den sieben Wagen, deren Kochkessel durchschnittlich stark 300 Portionen Essen fassen, auf ihren zweimaligen Fahrten täglich rund 4500 Portionen umgesetzt.

Die zunehmende Knappheit aller Lebensmittel in Verbindung mit den unzureichenden Maßnahmen einer gerechten Verteilung bedingten es, daß am 5. Mai 1916 das Kartell der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratische Verein an die Stadtverwaltung eine Reihe von Anträgen einreichten, die eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zum Zweck haben. Es wird darin die Einführung der Fleischkarte, Abschlachtung des gesamten in die Stadt gelangenden Viehes durch die Stadt, Einführung der Milchkarte, ein Erlaß gegen das Hamstern, Verarbeitung der von der Stadt für die Einmachzeit einzusparenden Zuckermengen zur Herstellung von Obstmus und Kunsthonig, Ausdehnung des Brotmarkensystems auf die Wirtschaften und Gasthöfe und großzügige Ausbreitung der Massenverpflegung, insbesondere im Hinblick auf den nächsten Winter gefordert.

Alles in allem bietet die städtische Lebensmittelversorgung Kölns ein Bild gewaltigen Umfanges und lebhafter Entwicklung. Wie sie sich weiter entfalten wird, wird nicht zuletzt von dem Drängen der Kölner Arbeiterschaft abhängen, die zurzeit nur wenig von einer Erleichterung der Teurung verspürt. Allerdings würden die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt noch viel trostloser sein, wenn die Stadtverwaltung nicht in die Wege des Kommunalsozialismus eingeschwenkt wäre. Teurung und Not werden aber mit dem Ende des Krieges, das leider noch nicht abzusehen ist, nicht verschwinden. Auf die dauernde Beibehaltung und den ständigen Ausbau der städtischen Lebensmittelversorgung hinzuwirken, bleibt daher für die organisierte Arbeiterschaft eine wichtige Aufgabe.

Hertwig.

Stade. Der mit der Firma Borcholte im Jahre 1913 abgeschlossene Tarifvertrag erreichte am 31. März sein Ende. Da seit dem vorigen Tarifabschluß eine ungeheure Verteurung aller Bedarfsartikel eingetreten ist, die von der Firma bewilligte minimale Kriegsteuerungszulage aber in keiner Weise als ein angemessener Ausgleich angesehen werden konnte, sahen sich die Arbeiter gezwungen, trotz des Burgfriedens den Tarif zu kündigen. Gefordert wurde die Erhöhung der Stundenlöhne von 42, resp. 44 Pf. auf 50, resp. 52 Pf., ein Aufschlag für Ueberstunden von 5 Pf. und für Sonntagsarbeiten von 10 Pf. pro Stunde, sowie die Vereinbarung eines Tarifvertrages auf zwei Jahre. Nach wiederholten Verhandlungen bewilligte die Firma für das erste Tarifjahr 4 Pf. und für das zweite Tarifjahr weitere 3 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, außerdem für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten einen Aufschlag von 5 Pf. pro Stunde. Diese Zugeständnisse wurden durch die einmütige Haltung der Arbeiterschaft des Betriebes erzielt.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit der Arbeiterschaft der Chemischen Teerproduktenfabrik den Rat geben, sich die einmütige Haltung ihrer Verbandskollegen bei der Firma Borcholte zum Muster zu nehmen, dann können auch sie solche Vorteile erzielen!

Rundschau.

Der Krieg und die Gesundheit der Kinder.

Daß die enorme Verteurung aller Lebensmittel zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung geführt hat und daß diese Verschlechterung die Gesundheit nachteilig beeinflußt, ist eine Binsenwahrheit. Es gibt allerdings Bevölkerungskreise, denen ein Rückgang der Ernährung noch eine Förderung ihres Wohlbefindens bringen würde; doch das sind gerade diejenigen, deren Geldbeutel auch bei den jetzigen Preisen noch jeden Mangel beheben kann. Die große Masse des Volkes aber, die schon früher sich kaum ausreichend ernähren konnte, wird von jeder Einschränkung schwer getroffen. Besonders die Kinder! Während Erwachsene mit der Nahrung nur die verbrauchten Kräfte zu ersetzen haben, müssen die Kinder darüber hinaus für den Aufbau und Ausbau des Körpers ausreichende Nahrung zu sich nehmen. Tun sie das nicht, d. h. können sie das nicht, so bleiben sie in ihrer körperlichen Entwicklung zurück.

Allgemein darben allerdings die Kinder zuletzt. Fast in jeder Familie wird versucht, wenigstens von den Kindern allzu große Entbehrungen fernzuhalten. Das wurde kürzlich ausdrücklich erwähnt in einer Untersuchung der Kriegswirkungen auf die Kinder, die in Charlottenburg angestellt wurde. Der dortige Schularzt Dr. Leiner, dem 5000 Kinder vom Säuglingsalter an bis zum vollendeten 14. Lebensjahre zur gesundheitlichen Ueberwachung anvertraut sind, sagt darüber:

Die in der Fürsorgestelle vorgestellten Säuglinge und Kleinkinder im sogenannten Spielalter haben unter der Ungunst der Verhältnisse bedeutend weniger gelitten, als zu Beginn des Krieges befürchtet wurde. Für die Säuglinge erklärt er sich dies günstige Ergebnis aus den bundesrätlichen Bestimmungen über die Wochenhilfe, indirekt auch aus dem Geburtenrückgang für die Kleinkinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre aus der gerade in Arbeiterkreisen zutage tretenden, oft rührenden Uneigennützigkeit der Eltern, die lieber selbst oft bittere Not leiden, als daß sie ihren Kindern auch nur die geringsten Entbehrungen materieller Natur zumuten würden.

Viel ungünstiger liegen die Dinge bei den Kindern im Schulalter, die während eines großen Teiles des Tages der elterlichen Gewalt entzogen sind. Auf die körperliche Entwicklung der Schulkinder hat schon das erste Kriegsjahr einen deutlichen Einfluß ausgeübt, und zwar ist sowohl die Gewichtszunahme als auch das Längenwachstum bei Knaben und Mädchen im Kriegsjahr 1915 hinter den voraufgegangenen Friedensjahren zurückgeblieben. Jedenfalls dürfte der Umstand, daß von 33 Schülerinnen einer Klasse im Alter von 10 Jahren innerhalb eines Zeitraumes von 5 Monaten 2 Gewichtsstillstand, 26 Abnahme bis zu 2 Kilogramm und nur 5 eine Gewichtszunahme aufwiesen, die aber auch bedeutend hinter den Mittelwerten der Friedensjahre zurückblieben, zu ernsten Befürchtungen Anlaß geben und die schleunige Inangriffnahme vorbeugender Maßnahmen erforderlich machen. Will man eine schwere Schädigung unsrer heranwachsenden Schuljugend sowohl an sich als auch als Trägerin kommender Generationen vermeiden, dann sorge man dafür, daß sie ausreichend ernährt werde.

Bemerkenswert ist es, daß schon in Charlottenburg solche Feststellungen gemacht worden sind. Denn diese Kommune leistet an sozialer Fürsorge für die Minderbemittelten mehr als viele andre Gemeinden. Ihre Fürsorge für die Kriegerfamilien geht weit über das hinaus, was andre Städte leisten. In Charlottenburg z. B. erhält eine Kriegerfrau mit 6 Kindern an kommunaler Unterstützung monatlich 81 Mk. Dazu kommt noch eine Feuerungszulage von 3 Mk. monatlich. Es werden außerdem besondere Mietebeihilfen von 20 bis 30 Mk. und im Falle des Verzichts des Vermieters auf 30 Prozent bis zu 40 Mk. monatlich gewährt. Mieten bis zu 20 Mk. werden von der Stadt voll bezahlt. Wieviel mehr ungünstig mag es dann erst bestellt sein um die Gesundheit der Arbeiterkinder in den Orten, die weit weniger aufwenden zur Unterstützung der Kriegerfamilien!

Ein Polizeipräsident gegen das Lotterleben der Reichen.

Der Polizeipräsident von München, Freiherr v. Grundherr, hat am 9. Mai d. J. in einer öffentl. Versammlung gegen die Lebensmittelwucherer und das Lotterleben der Reichen eine Rede gehalten, aus der wir nach der „Täglichen Rundschau" (Nr. 242, vom 13. 5. 16) die folgenden Stellen zitieren:

Wie steht es in dieser ernsten Zeit mit der Wahrung guter Zucht und Sitte, wie mit dem Verantwortungsgefühl und der moralischen Kraft, wie mit der würdigen Zurückhaltung bei Vergnügungen und Lustbarkeiten? . . . .

Ich stelle folgendes gegenüber: Musikveranstaltungen am Nachmittag in den Kaffeehäusern, wo aufgeputzte Frauen, Mädchen und Kinder, gepaart mit leichtsinnigen Lebemännern, um teuren Preis in Ueppigkeit schwelgen. Auf der andern Seite die 4000 bis 5000 Kriegerfrauen und Kleingewerbetreibenden, die sich an jedem Markttage in den frühesten Morgenstunden, schon von 1 Uhr an, am Viktualienmarkt ansammeln, um am nächsten Morgen in der Freibank ein Stückchen Fleisch um einen Preis zu erhalten, den sie erschwingen können. Geduldig und ohne Murren harren sie sechs bis acht Stunden, bei jeder Witterung, in dürftiger Kleidung, bis die Reihe an sie kommt! Und wenn, wie dies fast regelmäßig der Fall ist, für 300, 400 oder 500 nichts übrig bleibt, so fügen sie sich ruhig in ihr Schicksal. Diese Armen und Aermsten üben Selbstzucht und Zurückhaltung.

Ich verweise auf das Wohlleben vieler reicher Familien, für die der Krieg nicht zu existieren scheint. Sie halten ihre Gastereien wie im Frieden, und gewinnsüchtige Geschäftsleute ermöglichen diese Schlemmereien durch heimliches Zusenden der nötigen Leckerbissen.

Erwähnen möchte ich ferner einige Lebemänner, die es verstanden haben, ihre Unabkömmlichkeit nachzuweisen und dann neben ihrem Wohlleben ausschließlich dem Jagdsport und sonstigen Vergnügungen huldigten. Das liebe Ich war ihre einzige Sorge. Es ist gelungen, sie in den Schützengraben zu versetzen.

Ich könnte viel erzählen von dem Treiben in den Bars und Animierkneipen, von nächtlichen Gelagen und wüsten Zechereien und grenzenloser Verschwendung, von Fällen, die in unsrer ernsten Zeit zum Himmel schreien.

Der Herr Polizeipräsident hat schon recht. Es sieht bös aus mit dem „neuen Geist", den der Krieg uns bringen sollte. Leider helfen dagegen Reden und Ermahnungen gar nichts. Durchgreifen, aber derb!

Eingegangene Schriften.

Kriegsbuch für die Jugend und das Volk. Band 6. Enthaltend die Chronik des Weltkrieges vom 11. November 1915 bis 29. Januar 1916, nebst Erzählungen, Schlachtenschilderungen und Beschreibungen der Kriegsmittel sowie zahlreichen Tafeln, Abbildungen und Plänen. Preis kartoniert 1 Mk., gebunden 1,25 Mk. Stuttgart, Franckhsche Verlagshandlung.

„Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie". Von Hermann Wendel, M. d. R. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 40 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68. Der Inhalt dieser aktuellen Broschüre ist folgender: Elsaß-Lothringen als Kriegsziel — Geschichtliches — Die deutsche Sozialdemokratie und Elsaß-Lothringen — Nach vierundvierzig Jahren — Die wirtschaftliche Verknüpfung — Elsaß-Lothringen und Frankreich.

Verbandsnachrichten.

Vom 30. Mai 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Münden 12,50. München 1000,—. Bernburg 600,—. Barth 300,—. Velten i. d. M. 300,—. Chemnitz 50,—. Marne 40,—. Woldegk —,75. Geesthacht 500,—. Königsberg i. Pr. 5,—. Kolberg 2,—. Zossen 3,30. Dresden 1964,88. Fiddichow 100,—.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Varel i. O. 3,60. Helmstedt 1,85. Lauterbach —,95. Meißen 81,45. Auerbach i. V. 1,25. Meiningen —,55. Düsseldorf 35,20. Kolmar i. P. 2,75. Walsrode 1,60. Brunsbüttelkoog 4,55.

Schluß: Montag, den 5. Juni, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
378 016	Alfred Taubert	31. 8. 1886	15. 10. 1909	Leipzig
559 331	Andreas Kunkel	20. 12. 1878	13. 10. 1907	Küppersteg
470 941	Wilhelm Sparbier	18. 12. 1885	15. 1. 1911	Wismar
367 394	Johannes Schwietzer	3. 11. 1883	9. 5. 1909	Friedrichstadt
521 830	Luise Hansemann	24. 3. 1893	24. 2. 1912	Braunschweig

Agitationsnummern.

Von der für die Agitation besonders geeigneten Nummer 22 des „Proletariers" sind noch eine Anzahl Exemplare vorrätig. Bestellungen darauf sind sofort an den Vorstand zu richten.